



## **LEITBILD FÜR STADTENTWICKLUNG, WOHNEN, VERKEHR UND UMWELT DER **SPD PANKOW****



## Inhaltsverzeichnis

1.	Lebensqualität durch nachhaltige Stadtentwicklung sichern .....	3
1.1	Frühzeitig auf den Klimawandel reagieren .....	4
1.2	Soziale Stadt.....	5
1.2.1	Beteiligungsformen erhalten und stärken.....	5
1.2.2	Stadumbauegebiet ausweisen .....	6
1.2.3	Neues Sanierungsgebiet Langhansstraße.....	6
1.3	Entwicklung von Einzelhandel, Gewerbe und Tourismus .....	6
1.4	Bebauung des Rangierbahnhofs benötigt klare Vorgaben und ein abgestimmtes Konzept .....	8
1.5	Wissenschafts- und Wohnstandort Berlin-Buch entwickeln.....	9
2.	Wohnen in Berlin und Pankow .....	11
2.1	Bezahlbare Mieten für alle .....	12
2.2	Mieterstadt Berlin: Genossenschaften und Baugruppen stärken.....	13
2.3	Sozialer Wohnungsbau .....	13
2.4	Vereinbarkeit von Ökologie und Ökonomie herstellen – Mieter nicht belasten.....	14
2.5	Masterplan „Attraktive Mietwohnungen und Quartiere in Pankow“.....	15
3.	Nachhaltige und barrierefreie Mobilität für Pankow.....	17
3.1	Fußgänger .....	17
3.2	Radfahrer.....	18
3.3	Öffentlicher Personennahverkehr .....	19
3.3.1	Regionalverkehr: Pankow mit der Schorfheide und Buch mit dem Zentrum verbinden.....	19
3.3.2	Straßenbahn fördern und ausbauen.....	20
3.4	Straßenverkehr .....	22
4.	Umwelt, Natur und Energie .....	25
4.1	Sicherung und Ausweitung innerstädtischer Grünflächen .....	25
4.2	Zur Lösung des Abwasserproblems in den Ortsteilen .....	25
4.3	Förderung alternativer Energien .....	25
4.4	Flora und Fauna schützen.....	26
4.5	Wichtige ökologische Projekte .....	26
5.	Impressum .....	28

## **Leitbild für Stadtentwicklung, Wohnen, Verkehr und Umwelt der SPD Pankow**

Die Bereiche Stadtentwicklung, Wohnen, Verkehr und Umwelt betreffen alle Bewohner des Bezirks. In den letzten Jahren wurde dieser Bereich im Bezirksamt Pankow nicht im notwendigen Maße als Gestaltungsressort verstanden. Daher hat die SPD vielfach eigene Initiativen ergriffen, um der Verwaltung geeignete Wege aufzuzeigen, um zu kreativen Lösungen im Sinne der Bewohner zu kommen. Auch künftig versteht die SPD Pankow diese Bereiche als zentralen Gestaltungsbereich mit hohem Handlungsmöglichkeiten und Handlungsbedarfen. Die SPD will sich deshalb auch weitern gemeinsamen mit den Bewohnern für lebensfreundliche Wohn- und Arbeitsverhältnisse sowie lebendige Quartiere einsetzen.

### **1. Lebensqualität durch nachhaltige Stadtentwicklung sichern**

Pankow ist ein attraktiver und vielfältiger Bezirk. Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten setzen uns für eine soziale und ökologische Stadtentwicklung ein, die allen gleiche Teilhabemöglichkeiten eröffnet, den sozialen Zusammenhalt stärkt und die natürlichen Lebensgrundlagen nachhaltig schützt. Wir bekennen uns zu den öffentlichen Einrichtungen und zu einer leistungsstarken kommunalen Daseinsvorsorge. Private Initiativen und bürgerschaftliches Engagement wollen wir verstärkt fördern. Sie können öffentliche Leistungen sinnvoll ergänzen. Zugleich fordern wir eine ausreichende Finanzierung kommunaler Aufgaben und setzen auf eine stärkere Vernetzung bestehender sozial-kultureller Einrichtungen und Angebote. Unsere Politik fokussiert sich auf die realen Lebenswelten in den Kiezen und Quartieren. Wir treten für einen neuen Politikstil ein, der in Planungsprozessen auf Kooperation, Partizipation und weitreichende Entscheidungsbefugnisse der Bürgerinnen und Bürger setzt.

Effektiver Schutz der Mieterinnen und Mieter, Maßnahmen gegen Verdrängung und leistungsfähige kommunale Wohnungsangebote für jede Einkommensgruppe haben für uns Priorität vor Investoreninteressen. Das Land Berlin und der Bezirk Pankow müssen dauerhaft in der Lage sein, auf dem Wohnungsmarkt und die Stadtentwicklung Einfluss zu nehmen, um Fehlentwicklungen und soziale Spannungen zu vermeiden. Wir treten für eine Absenkung der Mietpreissteigerung und eine Verlängerung des Mieterhöhungszeitraumes ein. Um die Akzeptanz bei den Mieterinnen und Mietern zu erhöhen, treten wir für eine deutliche Verringerung der Umlage bei energetischen Modernisierungsmaßnahmen ein.

Das Land Berlin setzte in der Vergangenheit einseitig auf den Verkauf von landeseigenen Grundstücken um damit die Einnahmen zu erhöhen und einen Beitrag zur Schuldentilgung zu leisten. Wir setzen uns dafür ein, dass landeseigene Grundstücke zukünftig vor allem auf der Grundlage des Erbbaurechtsgesetzes vergeben werden. Damit bleiben die Grundstücke kommunales Eigentum und können zur Realisierung öffentlicher Interessen genutzt werden. Darüber hinaus erzielt das Land Berlin kontinuierliche Einnahmen.

Von Bürgerinnen und Bürgern getragene nachhaltige Strukturen wie Bürgervereine, genossenschaftliche Projekte oder Stadtteilinitiativen werden von uns unterstützt und gefördert. Sie repräsentieren für uns Bürgerwillen und sind ein notwendiges Korrektiv zur Politik. Die Erfahrungen aus der Diskussion bspw. zum Projekt BBI oder Stuttgart 21 machen es erforderlich, dass bei größeren Entwicklungsprojekten und Bauvorhaben die Mitwirkung der Bevölkerung bei Entscheidungen umfassend sichergestellt werden muss. Wir setzen uns dafür ein, dass auf ehrenamtlicher Basis Stadtteilmediatoren für die Klärung von Konflikten tätig werden.

Die SPD im Bezirk Pankows achtet auch in der Verkehrspolitik auf Gerechtigkeit und den Schutz der Schwächeren. Das gilt vor allem für Kinder, ältere Menschen und Menschen mit Behinderungen. Die Schulwegsicherung, die senioren- und behindertengerechte Gestaltung von Verkehrsmitteln und dem öffentlichen Straßenland haben für uns Priorität. Wir geben dem Erhalt der Angebote und dem Ausbau des Öffentlichen Nahverkehrs den Vorrang vor dem Straßenneubau.

### **1.1 Frühzeitig auf den Klimawandel reagieren**

Das globale Klima hat sich in den zurückliegenden Jahrzehnten stark verändert. Auch in der Region Berlin/Brandenburg ist der Klimawandel spürbar geworden. Extremwetterlagen, Hitze, Dürre und Hochwasser nehmen zu und beeinflussen die natürlichen Lebensgrundlagen und somit die Gesundheit der Menschen.

Die Agglomerationsräume waren und sind die Hauptverursacher von Treibhausgasemissionen, die der Hauptgrund für diesen rasanten Klimawandel sind. Jede Stadt, auch Berlin, muss aufgrund der international vereinbarten Klimaschutzabkommen in kürzester Frist ihren Beitrag zur Reduzierung der Treibhausgasemissionen leisten um den globalen Temperaturanstieg auf 2 Grad Celsius zu begrenzen.

Einer klimagerechten Stadtentwicklung muss deshalb Strategien für den Klimaschutz, der Klimaanpassung und für eine Energiewende leisten. Wichtige Bausteine dafür sind:

- Die Reduzierung der Zersiedelung
- Der Schutz und die Erweiterung von ökologisch wertvollen Grün- und Freiflächen
- Die Überprüfung der verbindlichen Bauleitplanung nach den Kriterien des Klimaschutzes
- Förderung und Ausbau des ÖPNV, des Fahrrad- und Fußgängerverkehrs

Deswegen treten wir für eine klimafreundliche Stadtentwicklungspolitik ein und fordern:

- Die Neufassung des Berliner Flächennutzungsplanes insbesondere die Rücknahme von Bauflächen ausweisungen zugunsten von Grün- und Freiflächen in Französisch Buchholz und Buch
- Die Freihaltung von stadtklimatisch bedeutenden Freiflächen und Kaltluftentstehungsgebieten von Bebauung
- Erhalt von Luftaustauschschneisen
- Die Festschreibung von klimafreundlichen und emissionsarmen Heizungssystemen in der verbindlichen Bauleitplanung
- Intensive Begrünung von Höfen, Dächern und Fassaden in hoch verdichteten Wohngebieten sowie die Begrenzung der baulichen Nachverdichtung in innerstädtischen Bereichen
- Die aktive Mitarbeit des Bezirkes am Stadtentwicklungsprogramm Klima Berlin
- Die Entwicklung von verbindlichen Klimaschutzstrategien für stark betroffene innerstädtische Kieze
- Die Einrichtung von regionalen Runden Tischen für Klimaschutz

Seit Jahren ist die Einwohnerzahl Berlins stabil bei ca. 3.4 Mio. Bis zum Jahr 2030 wird ein Zuwachs der Bevölkerung von lediglich 60.000 Bewohnern bzw. 1,8 Prozent erwartet. (Quelle: Bevölkerungsprognose für Berlin, Sen Stadt 2009)

Trotzdem weißt der Flächennutzungsplan 2009 immer noch große Stadterweiterungsflächen für den Wohnungsbau vor allem im nördlichen Teil des Bezirks Pankow aus. Wir treten deswegen dafür ein, dass bei der Neufassung des Flächennutzungsplans diese Stadterweiterungsflächen in Grünflächen umzuwidmen sind. Das betrifft insbesondere die Elisabeth-Aue im Stadtteil Französisch-Buchholz.

## **1.2 Soziale Stadt**

Pankow ist ein Bezirk mit hohem Zuzug insbesondere von jungen Familien und sozial besser gestellten Schichten. Die SPD Pankows tritt dafür ein, dass die Attraktivität des Bezirks und der soziale Zusammenhalt Bestand hat. Die Verdrängung der angestammten Wohnbevölkerung durch Mietenexplosion bzw. der Abbau von sozial-kulturellen Angeboten führen zu schmerzlichen Verlusten und Segregation. Aus diesen Gründen unterstützen wir die vom Senat beschlossene Rahmenstrategie Soziale Stadt.

Die Entwicklung von Stadtteilen und Kiezen muss von den Bedürfnissen der Bewohnerinnen und Bewohner ausgehen. Ziel unserer Politik ist es, die Potenziale der Stadtteile zu stärken und die Ressourcen zu bündeln. Darüber hinaus setzen wir uns für eine Sozialraum bezogene Planung und ein ressortübergreifendes Verwaltungshandeln ein. Der stärkeren Einbeziehung der Wohnungsunternehmen in die sozial ausgewogene Entwicklung von Stadtteilen und der Entwicklung von sozialen Nachbarschaften kommt dabei eine Schlüsselrolle zu. Konkrete Maßnahmen sind:

- Die Überlassung von Räumen für kulturelle und soziale Projekte und nachbarschaftliche Aktivitäten
- Generation übergreifende Wohnprojekte
- Die Verbesserung von Sicherheit und Sauberkeit in den Stadtteilen
- Die Initiierung von Integrationsangeboten für Migrantinnen und Migranten
- Die Wohnungswirtschaft als aktiver Gestalter von Quartieren
- Die Wohnungswirtschaft als Ausbilder und Arbeitgeber

### **1.2.1 Beteiligungsformen erhalten und stärken**

Von Bürgerinnen und Bürgern getragene nachhaltige Strukturen wie Bürgervereine in den Ortsteilen und Kiezen sowie genossenschaftliche Projekte werden von uns weiter unterstützt und sind für die Bezirkspolitik wichtige Partner. Dabei gilt den auslaufenden Sanierungsgebieten unsere besondere Aufmerksamkeit. Die Formen der Bürgerbeteiligung, die sich dort bewährt haben, müssen in sich selbst tragende Strukturen überführt werden. Hierzu zählen insbesondere die Erschließung von Wirtschaftsstandorten und die Sicherung wichtiger innerstädtischer Grünflächen und Spielplätze. Gemeinsam gestaltete Lebensräume werden besser (wie in der Oderberger Straße) angenommen und gepflegt. Lebendige Quartiere mit einer aktiven Bewohnerschaft sind stabiler und attraktiver. Davon profitieren auch Eigentümer und Wohnungsunternehmen. Die SPD fordert daher von den Wohnungsunternehmen, dass sie sich im Sinne einer Stadttrendite stärker als bisher für ihre Quartiere einsetzen und sich gemeinsam mit Bewohnern, Kommunalpolitik und Verwaltung für deren Gestaltung finanziell und mit Personal engagieren.

Die SPD will deshalb

- Nachfolgestrukturen für die Betroffenenvertretungen in den Sanierungsgebieten und die Zusammenarbeit der Bezirksverwaltung mit neuen Formen bürgerschaftlichen Engagements fördern und
- in möglichst vielen Quartieren bürgerschaftliches Engagement und Beteiligungsstrukturen unterstützen.

### **1.2.2 Stadtumbaugebiet ausweisen**

Die Entwicklung im ehemaligen Sanierungsgebiet Kollwitzplatz zeigt ganz deutlich, dass ein Schutz der dort lebenden Mieterinnen und Mieter durch das besondere Städtebaurecht weiterhin angezeigt ist. Dies gilt auch für die übrigen Quartiere in der gesamten Gebietskulisse Stadtumbau Ost, die weit über die bisherigen fünf Sanierungsgebiete, die in den nächsten Jahren auslaufen werden, hinausgeht. Die Erstellung eines Sozialplans ist bei Baumaßnahmen in den ehemaligen und demnächst auslaufenden Sanierungsgebieten (sanierungs-)rechtlich nicht mehr vorgegeben. Auch stehen keine Mittel mehr für eine eigentümerunabhängige Mieterberatung zur Verfügung und die Kontrolle der Belegungsbindung bereit.

Während auf der einen Seite somit die Instrumente zu Schutz der Mieterinnen und Mieter und zur Sicherung der erreichten Sanierungsziele (hoher Grün- und Freiflächenanteil) nicht mehr zur Verfügung stehen, sind die Aufwertungs- und Nachverdichtungsbestrebungen tendenziell weiter zunehmend. Daher ist es erforderlich, die rechtlichen Möglichkeiten der Gebietskulisse Stadtumbau Ost für eine den sozialen Belangen Rechnung tragende Entwicklung der Quartiere zu nutzen. Diesen Rahmen will die SPD mit den entsprechenden Beschlussfassungen erreichen und so die Mieter- und Anwohnerinteressen wieder in den Vordergrund rücken.

### **1.2.3 Neues Sanierungsgebiet Langhansstraße**

Dieses Gebiet ist durch schwerwiegende städtebauliche Defizite und einen hohen Investitions- Rückstand gekennzeichnet. Zugleich ergeben sich aus der Nähe zum Prenzlauer Berg erhebliche Investitionschancen, die mit öffentlicher Förderung zur Verbesserung der Infrastruktur und Nutzung der Steuervorteile für private Investitionen aktiviert werden können. Weiterhin werden durch dieses Vorhaben ehemalige Bezirksgrenzen überwunden. Für das Quartier wurde gemeinsam mit Kinder und Jugendlichen eine Spielleitplanung erarbeitet, die insbesondere die Aufenthaltsqualität und Freizeitangebote im Blick hat. Hierbei wurden viele Defizite festgestellt, die einen hohen Handlungsbedarf begründen. Die SPD fordert auch für die Umsetzung der Ergebnisse der Spielleitplanung den erhöhten und zielgerichteten Einsatz von Städtebaufördermitteln in diesem Quartier.

## **1.3 Entwicklung von Einzelhandel, Gewerbe und Tourismus**

Der nachhaltigen Entwicklung von Einzelhandel, Gewerbe und Tourismus kommt im kontinuierlich wachsenden Bezirk Pankow eine besondere Bedeutung zu. Deshalb müssen die Potenziale der großen Standorte (Buch, Französisch-Buchholz, Heinersdorf, Wilhelmsruh ebenso weiterentwickelt werden wie die Möglichkeiten der kleinteiligen Kreativ- und Kulturwirtschaft, die vorwiegend noch im Ortsteil Prenzlauer Berg angesiedelt ist. Der Einzelhandel hat sich gut entwickelt. Gemäß dem bezirklichen Zentrenkonzept besteht nur ein geringer Bedarf an der Ausweitung des Verkaufsflächenangebots. Diese soll auch nach Auffassung der SPD vornehmlich in den ausgewiesenen zentralen Bereichen erfolgen. Weiter an Bedeutung zunehmen wird auch der Tourismus im Bezirk. Gastgewerbe, Standortmarketing

und die Touristeninformation müssen analog zur steigenden Nachfrage auf neue Anforderungen ausgerichtet werden. Folgende Forderungen und Vorstellungen sind der SPD besonders wichtig:

- die Investorenfreundlichkeit des Bezirks Pankow sicherstellen. Das Bezirksamt soll durch zügige Entscheidungen, unbürokratisches Handeln und Einsatz für eine verbesserte Infrastruktur Investitionen ermöglichen.
- wirtschaftliche Entwicklungsschwerpunkte im Bezirk Pankow stärken. Das Bezirksamt soll EU-, Sonder- oder private Mittel für Entwicklungs- und Förderprojekte einwerben sowie deren professionelle Begleitung personell gewährleisten.
- Ehemalige Industrieareale sollen vorrangig Betriebsansiedlungen und -erweiterungen dienen. Entwicklungspotentiale sind in den Bereichen Gesundheits-, Kreativ-, Tourismus- und Umweltwirtschaft vorhanden. Ein effektives Standortmarketing ist dafür notwendig.
- Aufträge der öffentlichen Hand im Rahmen der gesetzlichen Möglichkeiten vorrangig an
- klein- und mittelständische Firmen vergeben.
- Existenzgründer und Freiberufler unterstützen. Auf kommunaler Ebene sollten die Möglichkeiten von Information, Beratung sowie Vermittlung von Kontakten, Fördermitteln und Coaching stärker genutzt werden.
- nicht mehr benötigte bezirkliche Immobilien für kulturelle und kreativwirtschaftliche Nutzungen zur Verfügung stellen und sichern.
- die Musikclubs im Bezirk Pankow sind bei zunehmender städtebaulicher Verdichtung an ihren Standorten in geeigneter Weise zu sichern. Die Clubs sind als Veranstalter integraler Bestandteil der Musikwirtschaft, sie tragen zu kultureller Vielfalt, positiven Image und touristischer Anziehungskraft des Bezirks maßgeblich bei.
- Die Umwandlung von Wohnraum in lukrative Ferienwohnungen wird von uns abgelehnt, weil einerseits wertvoller Wohnraum verloren geht und andererseits eine Wettbewerbsverzerrung zu Lasten des Gastgewerbes erfolgt.
- die Märkte im Bezirk Pankow sichern. Die Vielfalt der Märkte ist eine Bereicherung für Bürger und Touristen im Bezirk.
- das bezirkliche Tourismuskonzept weiterentwickeln und den Arbeitskreis Tourismus fortführen. Das Tourismuskonzept ist hinsichtlich neuer touristischer Potentiale und des strukturellen Wandels in Gastgewerbe und Kultur zu aktualisieren. Insbesondere sind die Angebote des Tourist Information Center fortzuführen.
- neue umfeld- und bestandsverträgliche Einzelhandelsprojekte unterstützen. Neben Investitionsvorhaben zur Gewinnung zusätzlicher Kaufkraft ist uns die Stärkung des bestehenden Einzelhandels über Straßenarbeitsgemeinschaften wichtig. Bauarbeiten in Geschäftsstraßen sind gewerbeverträglich durchzuführen.
- das bezirkliche Einzelhandelskonzept weiterentwickeln und den örtlichen Einzelhandel stabilisieren, indem wir Genehmigungen für den großflächigen Einzelhandel restriktiv handhaben. Bei einer Überarbeitung des Konzepts sind die strukturellen Veränderungen im Einzelhandel zu berücksichtigen.

#### **1.4 Bebauung des Rangierbahnhofs benötigt klare Vorgaben und ein abgestimmtes Konzept**

Einer der erfolgreichsten Unternehmer Deutschlands, Kurt Krieger, möchte den Rangier- und Güterbahnhof Pankow entwickeln. „Neue Mitte“ oder „Pankower Tor“ sind die wohlklingenden Namen mit denen eine positive Botschaft für das Großprojekt vermittelt werden soll. Neben einem Höffner Möbelmarkt mit 40.000 m<sup>2</sup> Verkaufsfläche, soll hier das größte Einkaufszentrum von Nord-Berlin mit ebenfalls 40.000 m<sup>2</sup> Verkaufsfläche entstehen, das in seiner Größe dem ALEXA am Alexanderplatz entsprechen würde. Im bezirklichen Zentrenkonzept wird jedoch deutlich, dass – trotz weiter steigender Einwohnerzahlen – für ein derartiges Projekt aus bezirklicher Sicht kaum Bedarf besteht. So will Kurt Krieger auch gezielt Kunden aus ganz Nordbrandenburg gewinnen, die dann auf dem Gelände Ihre Einkäufe tätigen.

Wenn das eigentliche Projekt für den Bezirk kaum einen Nutzen hat, so ist umso mehr sicherzustellen, dass von ihm keine negativen Auswirkungen ausgehen und im Nutzungskonzept für das gesamte Areale bezirkliche Handlungsbedarfe realisiert werden. Vor diesem Hintergrund ist zu allererst die verkehrliche Erschließung zu regeln. Durch den zusätzlichen Zielverkehr dürfen sich keine neuen oder längeren Stauerscheinungen geben. Ausreichend dimensionierte Verkehrsanlagen und genügend Stellplätze auf dem Gelände sind dafür die Voraussetzung. Den Neubau einer verlängerten Granitzstraße nach Westen und die Errichtung einer Brücke über die Bahntrasse hält die SPD für nicht erforderlich und lehnt sie auch aufgrund der hohen Baukosten und der vorgesehenen Erschließung über die Prenzlauer Promenade ab. Die Stellplätze im angrenzenden Kissingenviertel sollen den Anwohnern vorbehalten bleiben und sind dementsprechend gegen Parksuchverkehr durch Kunden zu schützen.

Zugleich ist die Anbindung an den ÖPNV zu verbessern. Die Erreichbarkeit des S-Bf. Heinersdorf spielt dabei eine wichtige Rolle. Bedeutender ist aber die Erschließung des Areals und des Kissingenviertels durch eine Straßenbahnstrecke, die den Bf. Pankow mit der Prenzlauer Promenade/Am Steinberg verbindet und dabei über die Granitzstraße geführt wird. So könnte eine durchgehende Straßenbahnlinie bis zum Alexanderplatz entstehen. Dadurch könnten die zu erwarteten Besucherströme zu einem wesentlichen Teil mit einem guten öffentlichen Verkehrsangebot versorgt werden, das auch den Anwohnern zugutekommt und für eine Optimierung der Linienführung geeignet ist. Die von Kurt Krieger vorgeschlagene Einrichtung eines Shuttle-Busses auf dem Gelände lehnt die SPD dementsprechend ab. Wichtiger ist es, dass mindestens eine zusätzliche Querung für Fußgänger und Radfahrer in Nord-Süd-Richtung über die Bahntrasse geschaffen wird. Dadurch könnte auch das Pankower Zentrum besser mit dem Gelände und dem Kissingenviertel verknüpft werden.

Für die Berücksichtigung der Interessen der Bewohner und Gewerbetreibenden ist insbesondere die Kommunalpolitik gefragt. Für die SPD Pankow ist daher ein transparenter Prozess mit einer breit angelegten Beteiligung der Öffentlichkeit erforderlich, der über den bisherigen Rahmen der Akteursrunden hinausgeht. Die SPD Pankow wird ganz besonders darauf achten, dass die Interessen der Bewohner der angrenzenden Quartiere berücksichtigt werden und dass Gewerbetreibende nicht durch neue Anbieter in ihrer Existenz bedroht werden.

Für den westlichen Teil am Bf. Pankow spricht sich die SPD für öffentliche Nutzungen aus. So sollen hier eine Gemeinschaftsschule und eine Kita neu errichtet werden, um dem steigenden Bedarf zu entsprechen. Möglich wäre es daneben auch, weitere sozio-kulturelle Einrichtungen anzusiedeln sowie den Neubau von einigen Mehrfamilienhäusern zu ermöglichen, während ein Großteil im mittleren Bereich

der Fläche als Park für die Naherholung und als Ausgleich für die starke Versiegelung von jeglicher Bebauung frei gehalten werden sollte.

Nur wenn die Belastungen für die Bewohner Pankows minimiert sowie die Erhaltung und schrittweise Verbesserung der Wohnquartiere unter Beibehaltung örtlicher Versorgungs- und Gewerbestrukturen und die verkehrliche Erschließung durch eine neue Straßenbahnstrecke gewährleistet werden kann, vermag sich die SPD eine Bebauung des Rangierbahnhofs im Sinne von Kurt Krieger vorzustellen.

### **1.5 Wissenschafts- und Wohnstandort Berlin-Buch entwickeln**

Die SPD Pankow verfolgt als einer ihrer wichtigsten politischen Ziele auf Bezirksebene die Stärkung des Ortsteils Buch als Wissenschafts- und Gesundheitsregion. In der letzten Legislaturperiode wurden mit Unterstützung der Bezirkspolitik einige wesentliche Fortschritte bei der Entwicklung des Ortsteils erzielt. Das soziokulturelle Zentrum „Der Alte“ konnte erhalten und eine schrittweise Sanierung durchgeführt werden. Mit der Realisierung des zweiten Abschnitts der Schloßparkpassagen hat Buch ein neues attraktiveres Zentrum erhalten. Nach jahrelangen Planungen und einer relativ kurzen Bauzeit konnte der Krankenhauskomplex des Helios-Klinikum an der Schwanebecker Chaussee im Jahr 2007 seiner Bestimmung übergeben werden. Das sind zweifelsohne wichtige Erfolge, die das öffentliche Image des Ortsteils voran gebracht haben.

Es kann jedoch nicht darüber hinweggetäuscht werden, dass es in den vergangenen Jahren auch Stillstand bzw. Rückschläge gegeben hat. So konnte das Projekt des LSC im Bucher Zentrum nicht gestartet werden. Und auch das Erscheinungsbild von Buchs im Vergleich zu anderen Ortsteilen des Bezirks hat immer noch Defizite. Dies liegt unter anderem an den brachliegenden Krankenhausflächen, für die es nur teilweise Folgenutzungen gibt. Darum setzen wir uns weiterhin für die Entwicklung und Realisierung von attraktiven Nachnutzungskonzepten ein, die den Wissenschafts- und Gesundheitsstandort Buch stärken. Schwerpunkt dabei sollte der ehemalige Örtliche Bereich I des Klinikum Buch an der Wiltbergstraße mit seinen einzigartigen denkmalgeschützten Gebäudekomplexen sein. In diesem Nachnutzungskonzept ist auch die Aufwertung des S-Bahnhofes als Empfangsort für Bucher Gäste einzubeziehen. Die im Integrierten Stadtentwicklungskonzept Buch von 2009 festgehaltenen Maßnahmen sind zügig umzusetzen. Die SPD fordert die Bereitstellung der erforderlichen Mittel der Städtebauförderung und wird sich im Abgeordnetenhaus und in der BVV für eine Schwerpunktsetzung für Buch einsetzen.

Bislang wurden in Buch viele Gebäude des komplexen Wohnungsbaus noch nicht saniert, wodurch das Ortsbild gelitten hat. Die SPD setzt sich dafür ein, dass alle noch unsanierten Wohnquartiere in Buch schrittweise modernisiert werden und einen effektiven energetischen Standard gebracht werden. Diese komplexen Modernisierungsmaßnahmen dürfen jedoch nicht dazu führen, dass die angestammte Wohnbevölkerung durch Mieterhöhungen aus den Wohnquartieren vertrieben wird. Insbesondere der HOWOGE als landeseigenen Wohnungsbaugesellschaften kommt bei der mieterfreundlichen Sanierung eine Schlüsselfunktion bei der Erhaltung von preiswertem Wohnraum zu. Die SPD erwartet daher die sozialverträgliche und zügige Sanierung der umfangreichen Bestände in Buch, ohne das angestammte Mieter verdrängt werden.

Ein zentrales Handlungsfeld ist die Umsetzung eines ortsverträglichen Verkehrskonzepts für Buch. Die SPD Pankow wird sich dafür einsetzen, dass der Ortskern vom Durchgangsverkehr entlastet wird. Kurzfristig treten wir für den Umbau von stark frequentierten Kreuzungen und deren Anpassung an die Bedürfnisse von Fußgängern, Radfahrern und Menschen mit Behinderung ein. Buch benötigt als internatio-

naler Standort für Gesundheit und Wissenschaft darüber hinaus einen besseren Autobahnanschluss. Hierfür sind Varianten zu prüfen und mittelfristig umzusetzen. Außerdem ist zu prüfen, welche Potenziale ein Regionalbahnhof Buch hätte, wenn dieser eine schnelle Anbindung an das Berliner Zentrum (Gesundbrunnen, Hauptbahnhof) oder zum Flughafen BBI bieten würde. Buch benötigt zudem ein nutzerfreundliches Park- und Wegeleitsystem.

Im Biotechnologiepark finden Gründer und Unternehmen auf 26 ha branchenspezifische Labor- und Büroflächen zu attraktiven Konditionen. Gegenwärtig sind auf dem Campus rund 48 Biotechnologie-Unternehmen mit circa 800 Angestellten tätig. Über 80 % der bebaubaren Flächen sind belegt. Weitere Baufelder werden in den nächsten Jahren mit Gebäuden für die Forschung bebaut. Damit fehlen bereits mittelfristig weitere Entwicklungs- bzw. Erweiterungsoptionen, obwohl bereits Interessenten vorhanden sind. Daher fordert die SPD, dass geeignete Erweiterungsflächen bereitgestellt werden. Insbesondere die südliche Teilfläche der sogenannten Brunnengalerie an der Karower Chaussee und das Gelände der heutigen Hufeland-Oberschule sind als mögliche Erweiterungsflächen zu prüfen. Diese sollten dann der BBB Management GmbH Berlin-Buch, mit klaren vertraglichen Regelungen zur Entwicklung und Nutzung der Flächen, zur Verfügung gestellt werden.

## 2. Wohnen in Berlin und Pankow

Die Stadtentwicklungspolitik der SPD-Fraktion in der BVV ist ökologisch, sozial und wirtschaftlich nachhaltig ausgerichtet. Menschen unterschiedlicher Herkunft, unterschiedlicher Einstellungen und unterschiedlicher Einkommen wollen im Bezirk Pankow zusammenleben. Die SPD sorgt dafür, dass die Menschen in ihrem Kiez bleiben können und nicht durch steigende Mieten oder Nebenkosten gezwungen sind, umzuziehen. Während bei einer Betrachtung der Gesamtstadt immer noch ein überdurchschnittliches Wohnungsangebot und ein bundesweit moderates Mietniveau herrschen, besteht angesichts der Entwicklung der Mieten und Mietnebenkosten gerade in der Innenstadt Anlass, den Weg zu einer konsequenten Begrenzung von Mietsteigerungen fortzusetzen. Mieterhöhungen durch Modernisierungen dürfen nicht komplett auf die Mieterinnen- und Mieterseite umgelegt werden. Das führt zur Verdrängung sozial schwächerer Haushalte. Die SPD kämpft dafür, das bestehende Mietrecht zum Schutz von Mieterinnen und Mietern weiterzuentwickeln: Verbesserter Kündigungsschutz bei Umwandlung und Eigentümerwechsel, eine Kappungsgrenze bei Neuvermietungen, ein ökologischer Mietspiegel sowie die Sicherung der Mietkaution im Insolvenzfall sind die Forderungen der SPD.

Die Verknappungstendenzen auf dem Berliner Wohnungsmarkt sind unübersehbar. Deutlich wird dies durch einen überdurchschnittlichen Anstieg der Neuvertragsmieten insbesondere in den innerstädtischen Bereichen. Für die Berliner SPD ist bezahlbarer Wohnraum für alle Einkommensgruppen in der Stadt eine unverzichtbare Voraussetzung für die solidarische Stadt mit stabilen Kiezen. Die SPD will daher weiterhin die kommunalen Wohnungsbestände von mindestens 270.000 Wohnungen vollständig erhalten und für eine den Mietpreis begrenzende Politik nutzen. Das Land Berlin und der Bezirk Pankow müssen dauerhaft dazu in der Lage sein, auf den Wohnungsmarkt und die Siedlungsentwicklung Einfluss zu nehmen, um Fehlentwicklungen zu vermeiden

Der Berliner Mietspiegel bietet einen gewissen Schutz, auch wenn festzustellen ist, dass die vorhandenen Spielräume für Mieterhöhungen von den Vermieterinnen und Vermietern ausgeschöpft und teilweise sogar versucht wird, sie zu überschreiten. Der Berliner Mietspiegel soll auch künftig als wichtiges Instrument zur Herstellung einer ausreichenden Transparenz der Mietpreisbildung für die Berliner Mieterinnen und Mieter genutzt werden. Hierzu ist bei freifinanzierten Wohnungen ausschließlich der Mietspiegel als Begründungsinstrument für Mieterhöhungen heranzuziehen. Bei Neuvermietungen ist die Wohnungsmiete auf den Vergleichswert des Mietspiegels zu begrenzen.

Mit dem Gesamtkonzept für die städtischen Wohnungsbaugesellschaften von 2007 wurde festgelegt, dass Mieterhöhungen nach Modernisierung an die ortsübliche Vergleichsmiete zu koppeln sind. Ein Überschreiten ist nur im Umfang von Betriebskostensenkungen aufgrund von energetischen Modernisierungen zulässig. Ökologische Belange werden auch im qualifizierten Mietspiegel stärker berücksichtigt. Dies sind wichtige Erfolge sozialdemokratischer Mietenpolitik. Diesen Weg, bezahlbaren Wohnraum zu sichern und zugleich eine ökologische Sanierung des Wohnungsbestandes zu fördern, wird die SPD fortsetzen und weitere Maßnahmen einfordern, um gerade auch in den Innenstadtkiezen eine Verdrängung von Menschen mit geringem Einkommen, junger Familien, Alleinerziehender sowie Migrantinnen und Migranten zu verhindern.

Eine Politik der Mietenbegrenzung reicht alleine jedoch nicht aus. Die SPD setzt sich daher in der wachsenden Metropole Berlin für ein Neubauprogramm für privaten und öffentlichen Mehrfamilienhausbau ein, um Verwerfungen auf dem Berliner Wohnungsmarkt zu verhindern. Hierzu sind konzeptionelle Vor-

schläge jenseits der bisherigen Fördersystematiken zu entwickeln, die ein neues Wohnen für alle Bevölkerungsschichten in allen Teilräumen der Stadt auch in der Zukunft ermöglicht. Diesen Prozess wird die SPD aktiv gestalten.

## **2.1 Bezahlbare Mieten für alle**

Der Fortentwicklung der Instrumente in Sanierungs- und Erhaltungsgebieten, dem Ausbau der sozialen Infrastruktur und der Erhaltung der sozialen Struktur der Wohnbevölkerung gilt die besondere Aufmerksamkeit der SPD. Der konsequente Einsatz für die Interessen der Mieterinnen und Mieter ist eine zentrale Aufgabe sozialdemokratischer Wohnungspolitik im Bezirk. Mit der erfolgreichen Durchsetzung von Sozialplanverfahren und der daraus resultierenden Kappung der Miete für Geringverdiener und Transfergeldbezieher nach Modernisierung hat die SPD aufgezeigt, dass es auf kommunaler Ebene möglich ist, wirksame Mechanismen gegen die Verdrängung Sozialschwacher oder Älterer einzusetzen. So setzt sich die SPD konsequent für die sozialen Belange der Mieterinnen und Mieter ein. Ein effektiver Schutz der Mieterinnen und Mieter, Maßnahmen gegen Verdrängung sowie der Daseinsvorsorge verpflichtete kommunale Wohnungsangebote haben für die SPD Pankow Priorität.

Der Schutz von Mieterinnen und Mietern mit niedrigem Einkommen hat für die SPD somit Vorrang vor den Renditeerwartungen der Stadt Berlin als Eigentümerin. Das Gesamtkonzept für die städtischen Wohnungsbaugesellschaften bietet hierfür eine erste Orientierung und ist künftig regelmäßig fortzuschreiben. So werden die städtischen Wohnungsbaugesellschaften ein aktives Instrument für einen sozial ausgewogenen Wohnungsmarkt. Die Berliner SPD wird daher den Anteil der kommunalen Wohnungsbestände in allen Wohngebieten wieder erhöhen, um diesen Wohnraum breiten Schichten kostengünstig zur Verfügung zu stellen und im Sinne einer „aktiven Politik“ Einfluss auf die Mietenentwicklung Berlins nehmen zu können. Darüber hinaus sind sie Träger vieler wichtiger Initiativen in den Fördergebieten der sozialen Stadt. Die landeseigenen Wohnungsbaugesellschaften sollen bei der Vergabe von Mietwohnungen stärker als bisher auf den Erhalt einer sozial gemischten Struktur in den Objekten bzw. in den Kiezen achten.

Die SPD will:

- die städtischen Wohnungsbestände erhalten und die öffentlichen Wohnungsunternehmen weiterentwickeln sowie bei Bedarf den Anteil an öffentlichem Wohnraum erhöhen,
- bezahlbare Mieten für Leistungsbezieher nach SGB II und XII sowie für weitere Geringverdiener erhalten und dazu ggf. die Begrenzung der Mietkosten auf die Werte der Wohnkostenrichtlinie der Leistungsbezieher durchsetzen,
- die Einhaltung der Mietspiegelwerte durchsetzen,
- die frühzeitige Beteiligung der Mieterinnen und Mieter bei geplanten Modernisierungsmaßnahmen und das Erstellen eines Gebietssozialplans,
- Mieterinnen und Mieter durch Erhaltungsverordnungen, Milieuschutz und Gebietssozialpläne konsequent schützen,
- die Interessen der Mieterinnen und Mieter bei Großinvestitionen privater Wohnungsbaugesellschaften aktiv vertreten,
- weiterhin Gebietssozialpläne für den Mieterschutz in Quartieren nach § 180 BauGB wie in der „Grünen Stadt“ oder an der Glasbrennerstraße durchsetzen,

- die eigentümerunabhängige Beratung der Mieterinnen und Mieter in den Sanierungs- und Milieuschutzgebieten beibehalten und eigentümerunabhängige Mieterberatungen bei größeren Modernisierungsvorhaben durchsetzen und
- die Milieuschutzgebiete bei feststellbarem Aufwertungspotenzial- und Verdrängungsdruck ausweiten

## **2.2 Mieterstadt Berlin: Genossenschaften und Baugruppen stärken**

Genossenschaften sind Eigentümer von ca. 185.000 Wohnungen in Berlin oder ca. 11,3 % des gesamten Wohnungsbestandes. Wohnungsgenossenschaften weisen im Rahmen der kommunalen Wohnungspolitik, der Stadtentwicklung und des Stadtumbaus besondere Leistungspotenziale auf. Die Umsetzung genossenschaftlicher Prinzipien bewirkt:

- die Schaffung von spekulationsfreien Wohnraum
- die Befriedigung gruppenspezifischer Wohnwünsche
- soziale Verantwortung und Engagement
- Mitbestimmung und gesellschaftliche Integration sowie
- langfristiges Engagement.

Dabei ist eine bloße Idealisierung zu vermeiden. Dass die genossenschaftlichen Prinzipien Mitgliederförderung, Selbsthilfe, Selbstverantwortung und Selbstverwaltung tatsächlich auch vor Ort „gelebt werden“, ist keine Selbstverständlichkeit. Wohnungsbaugenossenschaften müssen wegen des lokalen Bezugs ihrer Unternehmenstätigkeit stärker in die Quartiers- und Stadtentwicklungsplanung eingebunden werden. Den Wohnungsgenossenschaften wird daher als Akteuren auf dem kommunalen Wohnungsmarkt stärkere Bedeutung zukommen müssen. Sowohl die Vergrößerung der genossenschaftlichen Bestände durch Erwerb bestehender Gebäude als auch die Gründung neuer kleiner Genossenschaften bieten große Chancen für Berlin und Pankow.

Wir wollen:

- einen regelmäßigen Dialog zwischen Bezirkspolitik und Wohnungsbaugenossenschaften im Bezirk - organisiert durch das Bezirksamt – einmal im Jahr soll zu einem gemeinsamen Gespräch eingeladen werden
- die Vorgaben für den Verkauf von landeseigenen Gebäuden durch den Liegenschaftsfonds um wohnungspolitische Kriterien zu erweitern und dabei Genossenschaften besonders zu berücksichtigen sowie zukünftig verstärkt auch Erbbaurechte zu vergeben.

Baugruppen haben in den letzten Jahren wesentliche Impulse für die Stadtentwicklung gegeben. Bei der zukünftigen Entwicklung ist sicherzustellen, dass Baugruppen zielgerichtet dort gefördert angesiedelt werden, wo derartige Impulse notwendig sind, z. B. im Bereich der Langhansstraße in Weißensee.

## **2.3 Sozialer Wohnungsbau**

Für die Pankower SPD ist bezahlbarer Wohnraum für alle Einkommensgruppen in der Stadt eine unverzichtbare Voraussetzung für die solidarische Stadt mit stabilen Kiezen. Unser vordringliches Ziel ist es, den Sozialen Wohnungsbau wieder vom Kopf auf die Füße zu stellen. Es ist politisch nicht tragbar, dass ein Teil der Sozialwohnungen in unserer Stadt auf Grund einer verfehlten Fördersystematik teurer ist als

ungeförderter Wohnungsbestand. Ein „Weiter so“ würde eine umfangreiche soziale Entmischung in diesen Wohnquartieren zur Folge haben. Die Berliner SPD fordert daher zügige Verhandlungen des Senats mit den Eigentümern dieser Wohnbestände ein, um einen vorzeitigen und zeitnahen Ausstieg aus der Fördersystematik des sozialen Wohnungsbaus zu erreichen, Verhandlungsgegenstand ist eine vorzeitige Rückzahlung der Förderdarlehen. Mietpreis- und Belegungsbindungen sind genauso zu berücksichtigen, wie außerplanmäßige energetische Instandsetzungs- und Modernisierungsmaßnahmen sowie eine neue Festsetzung des Mietpreinsniveaus unterhalb der Vergleichsmiete. Die Vorteile dieser mietenpolitischen Maßnahme sind eine langfristige Mietensicherheit und ein tragfähiges Mietenniveau für die heutigen Nutzer, eine Schuldenreduzierung für die Vermieter, vorzeitige Einnahmen für den Berliner Landeshaushalt und eine Stärkung des angestrebten Klimaschutzes.

Wir wollen daher:

- die kommunalen Wohnungsbestände für eine aktive Mietpreis begrenzende Politik zur Versorgung breiter Schichten nutzen und den Bestand in Höhe von mindestens 270.000 Wohnungen in Berlin vollständig erhalten.
- Der Schutz von Mieterinnen und Mietern mit niedrigen Einkommen hat dabei Vorrang vor den Renditeerwartungen der Stadt Berlin als Eigentümerin.
- Wir bekennen uns zum Gemeinwohlauftrag dieser Unternehmen. Weitere Privatisierungen lehnen wir ab.
- den Anteil der kommunalen Wohnungsbestände in allen Wohngebieten in erster Linie durch Zukauf aber auch Neubau wieder erhöhen, um diesen Wohnraum breiten Schichten kostengünstig zur Verfügung zu stellen und im Sinne einer „aktiven Politik“ Einfluss auf die Mietenentwicklung Berlins nehmen zu können.
- Bei Neuvermietungen ist die Wohnungsmiete auf den Vergleichswert des Mietspiegels zu begrenzen.
- Regelmäßige Abstimmungsrunden der im Bezirk tätigen städtischen Wohnungsbaugesellschaften im Abstand von sechs Monaten mit dem Bezirksamt
- Vergabe der Wohnungen mit Belegungsrechten an Bedürftige Haushalte in Verantwortung durch das Bezirksamt bei Einschaltung sachkundiger Auftragnehmer und nachhaltige Finanzierung durch den Senat bis zum Auslaufen der Belegungsbindungen

#### **2.4 Vereinbarkeit von Ökologie und Ökonomie herstellen – Mieter nicht belasten**

Berlin wird zeigen, wie sich eine europäische Metropole sozialverträglich von Atomkraft, Kohle und Öl unabhängig macht. Erneuerbare Energien aus Berlin und dem Umland, verbunden mit der Nutzung von Effizienz- und Einspartetechnologien – vor allem dezentrale Kraft-Wärme-Kopplung – in Berlin, gesteuert von intelligenten Netzen, sind der Schlüssel, um dieses Ziel zu erreichen.

Während die schwarz-gelbe Bundesregierung den Weiterbetrieb von atomaren Großkraftwerken gestattet mit deren nicht genutzter Abwärme man einen Großteil der Häuser in Deutschland mit Wärme versorgen könnte, fordert schwarz-gelb Hand in Hand mit den Grünen zugleich mit einem enormen Aufwand alle Häuser in Deutschland in einem nie gekannten Ausmaß zu dämmen, in Berlin fordern die Grünen sogar den Plusenergiestandard für alle Häuser.

Klimaschutz geht uns alle an und ist wichtig, aber eine einseitige Belastung der Mieterinnen und Mieter über die Modernisierungsumlage darf es nicht geben. Wir fordern, dass im Vorfeld wirtschaftliche Alternativen und Varianten zum Klimaschutz bei anstehenden Sanierungen nachweisbar geprüft und dokumentiert werden. Die effektivste und in der Regel auch kostengünstigste Maßnahme zum Klimaschutz ist die dezentrale Erzeugung von Strom und Wärme mit sog. Blockheizkraftwerken. Wir fordern, dass Berlin ein Informations- und Förderprogramm für Blockheizkraftwerke schafft. Im Falle einer Förderung ist sicherzustellen, dass die Mieter/Nutzer von dem Bau des Blockheizkraftwerkes durch niedrige Wärme- und Strompreise profitieren. Ein besonderer Schwerpunkt sollte auf sog. „Eigenerzeugungsanlagen“ gelegt werden, die von den Mietern selbst in Form einer eigenständigen Gesellschaft (GbR oder Genossenschaft) betrieben werden.

## **2.5 Masterplan „Attraktive Mietwohnungen und Quartiere in Pankow“**

Die SPD Pankow unterstützt die SPD-Fraktion im Abgeordnetenhaus in ihrer Absicht, neue Zielvereinbarungen mit den Unternehmensleitungen der städtischen Wohnungswirtschaft abzuschließen, um eine sozial verträgliche Mietentwicklung zu befördern. Der Berliner Senat wird künftig regelmäßig dem Abgeordnetenhaus von Berlin mit dem Atlas „Wohnen in Berlin“ einen Bericht erstatten. Darin soll detailliert dargestellt werden, wo sich öffentliche Wohnungen und öffentlich geförderte Wohnungen in den einzelnen Berliner Bezirksregionen befinden und welche Veränderungen stattfinden.

Zur Begrenzung der Mietpreisentwicklung nach Modernisierung sind öffentliche Fördermittel in Anspruch zu nehmen. Die Modernisierungsmaßnahmen der Unternehmen sind so zu gestalten, dass die Mieten nach Modernisierung nicht zur Verdrängung der angestammten Mieterschaft führen. Die Wohnungsunternehmen müssen sich stärker als bisher bei der Gestaltung der Quartiere engagieren und gemeinsam mit den Bewohnern, der Kommunalpolitik sowie der Verwaltung Beteiligungsstrukturen und lebendige Quartiere schaffen. Das trägt zur Identifikation der Mieter mit ihrem Wohnquartier bei und sorgt für soziale und wirtschaftliche Stabilität. Insgesamt soll sich die Wohnungswirtschaft neuen Modellen öffnen und stärker mit ihren Mieterinnen und Mietern und dem Bezirk zusammenarbeiten.

Deshalb fordert die SPD eine Zusammenarbeit mit den im Bezirk Pankow tätigen städtischen Wohnungsbaugesellschaften GEWOBAG, GESOBAU und HOWOGE sowie größeren Genossenschaften und privaten Vermietern ein, die in einem gemeinsamen Arbeitsgremium erfolgen soll. Ziel der Arbeit soll es sein, dass eine gemeinsame und verbindliche Strategie

- zur Entwicklung des Gesamtwohnungsbestandes und zur Zukunft einzelner Quartiere,
- für die Umsetzung des Gesamtkonzeptes für die kommunalen Wohnungsunternehmen,
- zum Vorhalten von ausreichendem Wohnraum für Geringverdiener,
- zur gesunden Durchmischung der Quartiere mit Jungen, Alten, Armen, Wohlhabenden, etc.,
- für die gemeinsame Gestaltung lebendiger Quartiere und Kieze,
- zum Umgang mit ausstehenden Sanierungen im Bereich der Energieeffizienz,
- für die Begrenzung der Mietsteigerungen bei Modernisierungen und
- für mehr (gemeinsames) Engagement von Wohnungsunternehmen, Bewohnern, Kommunalpolitik und Verwaltung

entwickelt und umgesetzt wird. Dazu strebt die SPD den Abschluss einer Zielvereinbarung an, der die wesentlichen wirtschaftlichen, stadträumlichen und sozialen Eckdaten zur weiteren Entwicklung der großen Mietwohnungsbestände zum Inhalt haben soll. In regelmäßigen Abstimmungsterminen soll dann auf die Umsetzung hingearbeitet und zugleich die Einhaltung der Zielvereinbarung kontrolliert werden. Dieses Vorgehen mag zwar auf der einen Seite die Gewinnmaximierung der Wohnungs Vermieter begrenzen, andererseits werden lebendigere, gemeinsam gestaltete Wohnquartiere besser angenommen und sind somit stabiler. Das wiederum mindert den Aufwand der Vermieter an anderer Stelle. Der Bezirk kann seinerseits in stabileren Quartieren besser die Daseinsvorsorge organisieren und gezielter Mittel und Personal einsetzen.

### **3. Nachhaltige und barrierefreie Mobilität für Pankow**

Die SPD im Bezirk Pankow achtet in der Verkehrspolitik auf Gerechtigkeit und den Schutz der Schwächeren. Dies gilt vor allem für Kinder und ältere Menschen. Die Schulwegsicherung und die seniorenge-rechte Gestaltung von Verkehrsmitteln und öffentlichem Straßenland haben für uns Priorität. Zugleich wissen wir, dass eine ausreichende Mobilität für die wirtschaftliche Entwicklung unverzichtbar ist. Die SPD im Bezirk Pankow gibt dabei der Entwicklung des Öffentlichen Nahverkehrs weiterhin den Vorrang dem Motorisierten Individualverkehr (MIV) mit dem PKW. Wir werden uns auf Landesebene dafür ein-setzen, dass im Verkehrsbereich leistungsfähige öffentliche Unternehmen erhalten bleiben.

In der Verkehrspolitik setzt sich die SPD für die Sicherstellung der Mobilität, die Erhöhung der Verkehrs-sicherheit und die Erhaltung und den Ausbau eines leistungsstarken und zuverlässigen Öffentlichen Per-sonenahverkehrs (ÖPNV) im Bezirk ein.

Insgesamt fordert die Pankower SPD deshalb, dass

- der Verkehr stärker für Nicht-Autofahrer geplant wird, in dem z. B. Busspuren, Fahrradstraßen, verkehrsberuhigte Bereiche angelegt werden und die Ausweitung der Parkraumbewirtschaftung geprüft wird,
- gemeinsam mit den Vorbildern aus Politik und Medien durch eine positive und klimabewusste Kommunikation auf ein geändertes Mobilitätsverhalten hingearbeitet wird ("Weniger ist mehr."),
- der Motorisierten Individualverkehr (mit Dienst- und Zweitwagen) teurer gemacht wird,
- bessere Anschlüsse und barrierefreie Umsteigesituationen zwischen den verschiedenen Ver-kehrsmitteln (Fahrrad, Bahn und Bus) geschaffen werden,
- eine Mobilitätserziehung zur Nachhaltigkeit in den Schulen erfolgt,
- das von der TU Berlin erarbeitete Mobilitätskonzept in wesentlichen Teilen umgesetzt wird,
- der Modal Split zu Gunsten von Fußgängern, Radfahrern und ÖPNV zu verbessert wird,
- die Förderung des ÖPNV sowie von Radfahren ausgeweitet wird,
- durch die Umgestaltung von Straßenflächen, dem sogenannten „Stadtvorbau“, attraktive und er-lebbare Straßenräume entstehen, in denen eine Begrenzung des ruhenden Verkehrs erfolgt und
- die Ortsteile Buch und Karow endlich an die Bundesstraße B 2 sowie besser als derzeit an die BAB 10 angebunden werden

Im Folgenden werden die Ziele und Positionen der SPD nach den unterschiedlichen Verkehrsarten dar-gestellt.

#### **3.1 Fußgänger**

Jeder Bewohner ist auch Nutzer von Gehwegen, z. B. als Fußgänger oder Rollstuhlfahrer; und sei es nur vom Wohnort zum Verkehrsmittel seiner Wahl. Deswegen kommt dem Fußgängerverkehr eine besonde-re Bedeutung zu. Unabhängig von der weiteren Nutzung, nimmt jeder daran teil. Verbesserungen in diesem Bereich erreichen folglich alle Bürgerinnen und Bürger. Dabei sind die folgenden Punkte als we-sentliche Ziele der weiteren Arbeit der SPD im Bezirk zu nennen:

- weitere Sanierung von Gehwegen,
- Erhöhung der Verkehrssicherheit durch Gehwegvorstreckungen, bessere Querungsmöglichkeiten und durch den Rückbau von Kreuzungsflächen,
- Erweiterung der Verkehrsanteile und -flächen für Fußgänger, durch den Rückbau von Flächen anderer Verkehrsteilnehmer, insbesondere bei öffentlichen Stellplätzen für den ruhenden Verkehr,
- Verbesserung der Aufenthaltsqualität in Durchgangsstraßen durch kostengünstige Maßnahmen,
- Ausweitung der Barrierefreiheit im gesamten Bezirk, damit Menschen mit Beeinträchtigungen oder Kindern keine Nachteile haben,
- Verwirklichung barrierefreier ÖPNV-Haltestellen, damit sie Menschen mit Behinderungen und Eltern mit Kinderwagen tatsächlich nutzen können,
- Umgestaltung von Ampelphasen, damit Menschen mit Gehbehinderungen, kleine Kinder und andere langsamere Verkehrsteilnehmerinnen und Verkehrsteilnehmer die Straße in der Grünphase überqueren können,
- flächendeckende Verbesserung der Verkehrssicherheit statt der Schaffung weniger und teurer „Spielstraßen“ in privilegierten Lagen
- die Realisierung von verkehrsberuhigenden und verkehrssichernden Maßnahmen in Wohngebieten.

### **3.2 Radfahrer**

Der demografische Wandel trifft im Bezirk in besonderer Weise auf. Junge Menschen und junge Familien ziehen in alle Teile des Bezirkes zu. Sie nutzen schon heute gerne das eigene Fahrrad und haben eine moderne Einstellung zur eigenen Mobilität, die eben nicht nur auf den PKW setzt. Der Anteil des Radverkehrs nimmt deutlich wahrnehmbar zu. Dadurch kommt den Angeboten für den Radverkehr eine wesentliche Bedeutung zu. In den letzten Jahren konnten zahlreiche Radverkehrsanlagen neu geschaffen oder ausgebaut werden. Gleichzeitig wurden viele Maßnahmen zur Erhöhung der Verkehrssicherheit für Radfahrer vorangetrieben. Der Radfernwanderweg Berlin-Usedom ist dabei eine neue Qualität in der überörtlichen Verkehrsentwicklung.

Angesichts der zunehmenden Bedeutung des ökologisch und wirtschaftlich sinnvollen Radverkehrs zwischen dem Ortsteil Prenzlauer Berg und dem Ortsteil Mitte des Bezirks Mitte setzt sich die SPD Pankow für den Aufbau eines Systems von Fahrradstraßen abseits der Hauptverkehrsstraßen ein. Dazu wurde als Pilotprojekt die Ausweisung einer Fahrradstraßentrasse vom Prenzlauer Berg über die Choriner Straße/Gormannstraße ab Schönhauser Allee in Richtung Hackescher Markt mit einer sicheren und schnellen Querung für Radfahrer über die Torstraße durch die SPD auf den Weg gebracht. Fahrradstraßen haben wesentliche Vorteile. Sie erreichen erstens das gewünschte Ziel der Förderung des Radverkehrs, zweitens sind sie relativ kostengünstig auszuweisen und drittens führen sie nicht zu einer kompletten Verdrängung anderer Verkehrsteilnehmer.

Aufgrund der steigenden Bedeutung des Radverkehrs als umweltfreundliche und zugleich kostengünstige Alternative zum MIV wird dieser auch in den nächsten Jahren weiter wachsen. Auf dem eingeschlagenen Weg der Förderung des Radverkehrs will die SPD auch in den kommenden Jahren voranschreiten. Wesentliche Ziele sind deshalb:

- der Ausbau der bezirklichen Radwege und die bessere Anbindung an das überörtliche Radwegenetz Berlins,
- die Herstellung eines geschlossenen Radwegenetzes,
- die Erhöhung der Verkehrssicherheit von Radfahren,
- die Kapazitätserweiterung auf der Schönhauser Allee,
- die Ausweisung weiterer Fahrradstraßen,
- die Genehmigung des Radfahrens in öffentlichen Park- und Grünanlagen,
- die Anlage eines durchgehenden Radweges, wenn die Erweiterung des Mauerparks erfolgt, und
- das konsequente Entgegenreten gegenüber Falschparkern und anderen Verkehrshindernissen auf Radwegen.

### **3.3 Öffentlicher Personennahverkehr**

Der öffentliche Personennahverkehr soll im Bezirk weiter ausgebaut und verbessert werden. Aufgrund der vielen neuen Mitbürger sowie der auch in Zukunft erwarteten Zuwanderung in den Bezirk ist die Verbesserung des ÖPNV ein wichtiger Faktor für die nachhaltige Gestaltung als Wohn- und Arbeitsstandort. Die SPD Pankow fordert daher

- die Ausweitung der ÖPNV-Angebote,
- die Verdichtung der Fahrtenfolge auf verschiedenen Straßenbahn- und Buslinien,
- die bessere Erreichbarkeit der nördlichen Ortsteile,
- die bessere Nutzbarkeit der unterschiedlichen Angebote durch Herstellung von Barrierefreiheit,
- die Verbesserung von Umsteigebeziehungen, insbesondere an den Bahnhöfen Buch, Karow, Pankow sowie beim Umsteigen vom Bus 107 zur M1 und umgekehrt,
- die Nutzung des ÖPNV flexibler, einfacher und attraktiver zu machen,
- die Einführung von Kleinbusmodell in den Außenbereichen,
- die Erhaltung und den Ausbau des vorhandenen Straßenbahnnetzes und die Linienverdichtung,
- die Anbindung des Neubauvorhabens auf dem ehemaligen Rangierbahnhof Pankow an das Straßenbahnnetz.

Im Folgenden werden die Vorstellungen der SPD Pankow erläutert. Zunächst wird auf den Regionalverkehr eingegangen, anschließend werden die Vorschläge für die Straßenbahn erläutert.

#### **3.3.1 Regionalverkehr: Pankow mit der Schorfheide und Buch mit dem Zentrum verbinden**

##### **a. Heidekrautbahn**

Die Heidekrautbahn verbindet derzeit Berlin mit der Schorfheide. Am Bahnhof Karow besteht die Anbindung an das S-Bahn-Netz. Die ehemalige Führung der Heidekrautbahn über Wilhelmsruh, Rosenthal und Blankenfelde ist seit 1961 immer noch außer Betrieb. Die SPD spricht sich für die Wiederinbetriebnahme der Heidekrautbahn auf dieser früheren Stammstrecke und die Führung des Linienverkehrs von

über Wilhemsruh bis in die Schorfheide aus. Die Stammstrecke bietet für den westlichen Teil des Bezirks große Vorteile und ist dafür geeignet, dass aufgrund der besseren verkehrlichen Erschließung die Straßen von MIV entlastet werden. Gleichzeitig werden die Anbindung des Naherholungsgebiets Blankenfelde mit dem Botanischen Volkspark sowie der Industriestandorte ABB, Alstom und Schindler verbessert.

Die BVV hat sich bereits 2001 für den Wiederaufbau und die Bestellung entsprechender Fahrleistungen ausgesprochen und dies dem Senat von Berlin deutlich gemacht. Die Realisierung lässt bis heute auf sich warten. Jedoch liegen nunmehr Wirtschaftlichkeitsberechnungen vor, die den volkswirtschaftlichen Nutzen belegen. Mit den einbehaltenen Mitteln für Minderleistungen bei der S-Bahn stehen außerdem Gelder für die erforderlichen Investitionen bereit. Daher fordert die SPD den zügigen Wiederaufbau der Heidekrautbahn auf der Stammstrecke, ohne die Anbindung an den Bahnhof Karow als Fahralternative und mögliche Anbindung für die östlichen Stadteile aufzugeben.

#### **b. Schallschutz entlang der Güterstrecken**

Gegenüber früheren Zeiten hat der Verkehr auf der Stettiner Bahn und auf dem Außenring zugenommen. Das betrifft insbesondere den Güterverkehr, der mit seinem teilweise veralteten Fahrzeugmaterial zu erheblichen Lärmbelastungen führt. Diese treten vornehmlich in der Nacht auf und sind somit ein besonderes Ärgernis bis hin zu gesundheitlichen Schädigungen bei den Anwohnern. Die SPD fordert daher die Errichtung einer Schallschutzwand mindestens entlang des Bahndamms im Ortsteil Karow aus. Der Bedarf an weiteren Stellen ist zu prüfen. Von der Deutschen Bahn AG wird ein lösungsorientierter Ansatz erwartet, der sich von dem bisherigen Beharren auf Formalitäten endlich löst.

#### **c. Regionalbahnhof Buch anstatt Turmbahnhof am Karower Kreuz**

Die SPD kann für den Turmbahnhof weder einen verkehrlichen Nutzen für Berlin noch für den Bezirk Pankow erkennen. Aufgrund des Straßenausbaubeitragsgesetzes ist zudem davon auszugehen, dass die Anwohner für den von ihnen sicherlich abgelehnten Ausbau ihrer ruhigen Erschließungsstraßen in Zubringerstraßen auch noch beitragspflichtig werden. Das hält die SPD für keinesfalls vermittelbar.

Demgegenüber stehen zahlreiche Nachteile und hohe Investitionskosten, die an anderer Stelle schmerzlich fehlen. Deshalb lehnt die SPD nachdrücklich den Bau des Turmbahnhofes ab. Außerdem verfolgt die SPD Pankow mit dem Wiederaufbau der Nordbahn und der Einrichtung eines Regionalbahnhaltes in Buch andere verkehrspolitische Ziele. Zur weiteren Entwicklung des Ortsteils Buch hält es die SPD Pankow für sinnvoll, einen Regionalbahnhof zur Verbesserung der verkehrlichen Erreichbarkeit des Ortsteils Buch mit seinen medizinisch-wissenschaftlichen Einrichtungen zu errichten.

### **3.3.2 Straßenbahn fördern und ausbauen**

Straßenbahnen sind ein ökonomisch sinnvolles Verkehrsmittel, das für die Fahrgäste und die Erschließung von Stadtteilen hohe Vorteile bietet. Aufgrund der höheren Reisegeschwindigkeit im Vergleich zum Bus, den wesentlich niedrigeren Investitionsmitteln gegenüber der U-Bahn (nur 10 % vom U-Bahn-Bau), der größeren Akzeptanz durch die Fahrgäste, den geringeren laufenden Kosten im Vergleich zum Betrieb einer U-Bahn bei leicht geringeren laufenden Kosten im Vergleich zum Bus sind Straßenbahnen ein effizienter und sinnvoller Verkehrsträger mit hoher Attraktivität für die Fahrgäste. Durch den Verzicht auf überflüssige Infrastrukturanlagen im Vergleich zur U-Bahn (teure Tunnelanlagen, Treppen und

Aufzüge, dem Fehlen von Angsträumen) und gegenüber dem Bus der höheren Umweltfreundlichkeit, der flexibleren Angebotskapazität, dem höheren Fahrkomfort und den positiven Auswirkungen auf das Image und die Stadtgestalt (z. B. Rasengleise) sowie den geringer werdenden Finanzmitteln der öffentlichen Haushalte setzen weltweit immer mehr Städte auf die (Wieder-)Einführung von Straßenbahnnetzen.

Die Straßenbahn stellt in Pankow sowohl auf dem bisherigen Netz, wesentlich stärker jedoch mit den vorgeschlagenen Verbesserungen und Linienverlängerungen eine wirtschaftlich optimale Bedienung großer Teile des Stadtbezirks her. Nur mit der Straßenbahn kann zu akzeptablen Kosten für die öffentliche Hand ein gutes Angebot im öffentlichen Verkehr angeboten werden, welches viele Bürger zu einem Umstieg vom Auto auf den Öffentlichen Nahverkehr bringt. Dass dies auch in Pankow funktioniert, zeigt die Streckenverlängerung der Linie 50 vor einigen Jahren von Buchholz, Kirche in das Neubaugebiet Buchholz-West (Guyotstraße): Die Fahrgastzahlen haben sich quasi „über Nacht“ auf das Zweieinhalbfache erhöht. Die Linie 50 hat sich von einer von Stilllegung bedrohten Strecke zu einer gut ausgelasteten Linie mit hoher Wirtschaftlichkeit entwickelt. Ähnliche Zuwächse sind auch bei anderen Strecken zu erwarten, wenn in die Zukunft der Straßenbahn investiert wird. Straßenbahnstreckenstilllegungen führen im Gegenzug zu spürbaren Fahrgastverlusten und verstärktem Umstieg auf das Auto.

Die in Pankow vorhandenen Straßenbahnlinien sollen erhalten, ihre Zuverlässigkeit erhöht und die Streckenführung verbessert werden. Im Einzelnen werden dazu die folgenden Ziele und Maßnahmen zur kurzfristigen Realisierung vorgeschlagen:

- Erhöhung der Zuverlässigkeit der Straßenbahnlinien M 1 und M 10 durch Optimierung der Lichtzeichenanlagen,
- Taktverdichtung und/oder Kapazitätserhöhung durch größere Fahrzeuge auf den Linie M 1, M2 und M 10,
- Die M 4 soll mit ihrer Linienführung und dem sehr guten Fahrtenangebot erhalten werden.
- Die Verlängerung der M 10 von Nordbahnhof über Hauptbahnhof bis Turmstraße soll schnellstmöglich erfolgen. Die Verschiebung der Streckeneröffnung zum Hauptbahnhof auf das Jahr 2013 hält der Bezirk für unakzeptabel.
- Erhaltung der Straßenbahnlinie 12 auf der gesamten Linienlänge und in der heutigen Streckenführung und Verdichtung des bestehenden 15-Minuten-Taktes auf einen 10-Minuten-Takt.
- Barrierefreier Umbau der Haltestellen nach dem Vorbild der Haltestellen in der Pappelallee.
- Verschwenkung der Straßenbahn 27 ab Hansastraße zum S. Bf. Greifswalder Straße bzw. bis zur Kniprodestraße und Verdichtung auf dem Streckenabschnitt zwischen Hohenschönhausen, Rhinstraße/Gärtnerstraße und der neuen Endstelle auf der Westseite tagsüber auf einen 10-Minuten-Takt.

Die SPD Pankow befürwortet den Ausbau des Straßenbahnnetzes im Bezirk auf stark genutzten ÖPNV-Korridoren mit hohem Potenzial zur Gewinnung neuer Fahrgäste. Dazu sollen schrittweise Netzverdichtungen und -verknüpfungen gebaut werden und bisher durch Omnibusse erbrachte Fahrleistungen von leistungsfähigeren und von den Bürgern als attraktiver empfundenen Straßenbahnlinien übernommen werden.

Dazu gehört vor allem die Anbindung des ehemaligen Rangierbahnhofes Pankow durch eine neue Straßenbahnstrecke über die Prenzlauer Promenade zum S-Bahnhof Pankow sowie eine Tangentialverbindung von Weissensee über Heinersdorf zum Bf. Pankow sowie der Wiederaufbau einer Straßenbahnstrecke durch die Wollankstraße und die Verlängerung der M 1 von Rosenthal bis mindestens zum Bf. Wittenau. Ebenso könnte sich eine Verbindungsstrecke zwischen den Endstellen Guyotstraße in Französisch-Buchholz und Schillerstraße in Niederschönhausen als betrieblich sinnvoll herausstellen.

### **3.4 Straßenverkehr**

Bei der Sanierung des Straßennetzes konnten in den letzten Jahren erhebliche Fortschritte erreicht werden. Diese führten jedoch auch zu erheblichen Belastungen für alle Verkehrsteilnehmer, die von Umleitungen, Baulärm und Stauerscheinungen betroffen waren. Die zweifellos notwendige Sanierung weiterer Straßen muss daher besser koordiniert und abgestimmt werden.

#### **a. Straßenanbindung für die Ortsteile Buch und Karow/Anbindung an die A10 und die B 2**

Die direkte Anbindung des Medizin- und Wissenschaftsstandortes Buch an den nördlichen Berliner Ring ist ein altes Anliegen der Pankower Kommunalpolitik und der Bucher Akteure wie auch der Bevölkerung. Durch die Veränderung der Anbindung der B 2 an die A 10 wird dieses Vorhaben umso wichtiger. Zudem erwartet die Verkehrsprognose für 2025 – soweit bekannt – einen Anstieg der Umland-Stadt-Verkehre, auf den infrastrukturell reagiert werden sollte. Insgesamt fordert die SPD daher

- die zügige Realisierung der Anbindung an die B 2, um Karow und Blankenburg zu entlasten,
- die Prüfung einer BAB-Auffahrt für den Ortsteil Buch an den drei möglichen Stellen Karower Damm, Bucher Straße und Hohenfelder Chaussee

Darüber hinaus ist die Sanierung der Wiltbergstraße zwischen Lindenberger Allee und der Straße Am Sandhaus dringend erforderlich.

#### **b. Verkehr im Ortsteil Heinersdorf**

Der Ortskern Heinersdorf versinkt im Durchgangsverkehr von Ost nach West und von Nord nach Süd. Eine Verkehrslösung für Heinersdorf hängt wesentlich davon ab, welche Pläne auf dem Gelände des ehemaligen Rangier- und Güterbahnhofes Pankow realisiert werden. Da dies derzeit noch nicht abschließend geklärt ist, alle vorliegenden Vorstellungen jedoch erhebliche verkehrliche Belastungen durch den MIV und Lieferverkehr für diesen Stadtraum erkennen lassen, müssen Verkehrsplanungen solange zeitlich zurückgestellt werden, bis diese Belastungen genauer verifiziert und in die Planungen eingearbeitet werden können.

In Verbindung mit einem schlüssigen Konzept zur Verkehrsberuhigung des Ortskerns könnte der Durchgangsverkehr in Ost-West-Richtung und umgekehrt über neue Straßen abfließen, was jedoch nicht zu einer Reduzierung der Verkehrsbelastung sondern lediglich zu einer kleinräumigen Verlagerung führen würde. Der Durchgangsverkehr könnte in Nord-Süd-Richtung und umgekehrt über die Blankenburger Straße – Nordwestliche Neubaustraße – Rothenbachstraße ebenfalls am Ortskern vorbeigeleitet werden. Dadurch würden einige zwar Bewohner entlastet, andere Anwohner hätten hingegen zusätzlichen Verkehr vor der Haustür. Auch deshalb tritt die SPD Pankow für den Bau einer tangentialen Straßenbahnverbindung ein, die auf dieser Relation erhebliche Verkehrsströme bündeln und den Straßenraum

entlasten könnte. Dadurch könnte auch eine Umgestaltung des Ortskerns erfolgen. Hierfür soll die Zukunftswerkstatt Heinersdorf Nutzungs- und Gestaltungsvorschläge ausarbeiten.

Eine östliche Umfahrung, mit Durchstich der Straße „Am Steinberg“, ist auf Grund des vorhandenen gut ausgebauten Straßennetzes (Rothenbachstraße – Prenzlauer Promenade) nicht erforderlich und wird daher von der SPD abgelehnt, zumal die westliche und östliche Umfahrung an der Kreuzung Prenzlauer Promenade – Am Steinberg wieder zusammengeführt werden.

### **c. Mehr Lebensqualität durch Parkraumbewirtschaftung im Prenzlauer Berg**

Auf Initiative der SPD wurden im Jahr 2009 die Weichen für die Einführung der Parkraumbewirtschaftung im Prenzlauer Berg gestellt. Zum 01. Oktober 2010 wurde die Parkraumbewirtschaftung eingeführt. Illegales Parken auf Gehwegen, im Kreis fahrende Autofahrer auf der verzweifelten Suche nach einem Parkplatz, Anwohner, die sich über Lärm und Abgase ärgern: Das alles hat sich sofort deutlich verbessert, seit im südlichen Prenzlauer Berg mit seiner hohen Bevölkerungsdichte und dem hohen Parkdruck die Parkraumbewirtschaftung eingeführt wurde. Bewohnerinnen und Bewohner sowie Kundinnen und Kunden der vielen Geschäfte und Cafés finden wieder deutlich leichter einen legalen Parkplatz.

Die Parkraumbewirtschaftung hat sich seit ihrer Einführung bewährt und die meisten Erwartungen übertroffen. Insgesamt hat sich der Autoverkehr deutlich reduziert. Ein wichtiger Steuerungseffekt, denn damit verbessert sich die Lebensqualität der Bewohner. Weniger Lärm und Abgase entlasten die Kieze, die Verkehrssicherheit erhöht sich, wenn weniger Fahrzeuge illegal an Straßenkreuzungen oder auf Gehwegen abgestellt werden. Die Quartiere werden deutlich entlastet, die Aufenthalts- und Lebensqualität steigen.

Deshalb sollen die angrenzende Bereiche auf die Auswirkungen und mögliche Verdrängungswirkungen untersucht werden, denn möglicher Weise führt die Parkraumbewirtschaftung außerhalb der bewirtschafteten Flächen zu neuen nicht mehr erträglichen Belastungen. Wird dies festgestellt, so wird sich die SPD für eine Ausweitung der Parkraumbewirtschaftung auf weitere Gebiete wie das Bötzowviertel sowie die Quartiere rund um den Arnim- und den Humanplatz einsetzen, damit auch hier die Bewohner von den Vorteilen der Parkraumbewirtschaftung profitieren können.

Die wichtigsten Argumente für die Parkraumbewirtschaftung sind zusammengefasst:

- mehr freie Parkplätze für die Anwohner,
- höhere Sicherheit durch weniger Verkehr,
- Senkung von Lärm- und Umweltbelastungen,
- mehr Aufenthaltsqualität auf Straßen und Plätzen,
- geringe Kosten für die Anwohner: 20 Euro für zwei Jahre,
- Gewerbetreibende zahlen zwar einen etwas höheren Betrag, dafür finden aber ihre Kunden leichter einen Parkplatz,
- Gästetickets können erworben werden,
- alle Anderen zahlen einen, in manchen Quartieren auch zwei Euro pro Stunde
- Mit der nur geringen Gebühr von knapp einem Euro pro Monat und dem geringen Verwaltungsaufwand wurde außerdem eine gute Lösung für die Anwohner gefunden.

Neben den verkehrlichen Zielen ist der volkswirtschaftliche Nutzen von besonderer Bedeutung. So wurden für die Parkraumbewirtschaftung knapp 100 neue Arbeitsplätze im Ordnungsamt geschaffen. Gleichzeitig sieht der Wirtschaftsplan für die Parkraumbewirtschaftung eine „schwarze Null“ vor, d. h. die Einnahmen aus Vignetten und Parkautomaten sowie Ordnungsgeldern sollen die Aufwendungen für Automaten, Personal, Wartung und Verwaltungsaufwand decken.

#### **d. Verkehr im Ortsteil Pankow-Süd**

Die Verkehrssituation im Kissingenviertel hängt wesentlich von der künftigen Nutzung des Rangierbahnhofs Pankow ab. Die SPD Pankow fordert daher, dass die Lösung der verkehrlichen Fragen Grundlage für bauliche Veränderungen auf dem Gelände sein müssen. Gleichzeitig wird das gesamte Gebiet von Pankow-Süd ein immer beliebter werdender Wohnstandort. Neben den vielen oftmals älteren Bewohnern ziehen verstärkt junge Familien hierher. Das ist bei der Gestaltung der Straßenräume zu berücksichtigen. Das heißt insbesondere, dass

- für die angrenzenden Wohnquartiere keine zusätzlichen Belastungen durch den Quell- und Zielverkehr entstehen dürfen. Das schließt den Verkehr auf Nebenstraßen sowie das Parken in diesen Bereichen ein
- auf den Bau einer „verlängerten Granitzstraße“ von der Berliner Straße zur Mühlenstraße zu verzichten ist. Mit dieser Verbindung wird keine Verkehrsentlastung sondern die Verlagerung von Verkehrsströmen in umliegende Straßen herbeigeführt.
- die verkehrliche Anbindung durch den Bau einer Straßenbahnstrecke vom Bahnhof Pankow zur Prenzlauer Promenade und nach Heinersdorf bzw. Weissensee verbessert werden soll,
- der ruhende Verkehr, der aus der Entwicklung des Rangierbahnhofgeländes folgt, gänzlich aus den Wohnquartieren fern zu halten ist,
- die Sanierung der Anwohnerstraßen, insbesondere der Gehwegbereiche, und die Verbesserung der Verkehrssicherheit hohe Priorität haben müssen und dass
- die Ausweitung der Angebote für Radfahrer erforderlich ist.

#### **e. Tangentialverbindung Nord**

Der vermeintliche Nutzen einer Tangentialverbindung Nord wurde von vielen Verkehrspolitikern der drei Alt-Bezirke immer wieder stark bezweifelt. Dennoch hielt die Senatsverwaltung mit Verweis auf die überhöhten Zahlen der Verkehrsprognose 2015, deren unrealistischer Annahmen und unter Missachtung der demografischen Entwicklung Berlins grundsätzlich bei der Aufstellung des derzeit gültigen StEP Verkehr an diesem Projekt fest und wird dieses wohl auch weiter verfolgen Die SPD Pankow lehnt den Bau einer derartigen Straße, auch und gerade in Verbindung mit dem Verkehr in Heinersdorf und der Erschließung des Rangierbahnhofs Pankow, ab. Die demografische Entwicklung und auch die Verkehrsprognose 2025 zeigen einen deutlichen Rückgang des MIV auf. Dadurch ist kein die enormen Ausgaben rechtfertigender Nutzen derartige Neubauprojekte gegeben.

## **4. Umwelt, Natur und Energie**

### **4.1 Sicherung und Ausweitung innerstädtischer Grünflächen**

Um das positive Lebensgefühl der Menschen im Bezirk Pankow zu erhalten, bedarf der öffentliche Raum einer größeren Aufmerksamkeit als in der Vergangenheit. Um die Umweltsituation in den Innenstadtkartieren weiter zu verbessern, setzt die SPD im Bezirk Pankow auf Verkehrsentlastung sowie den Erhalt und die Erweiterung von Grünzonen, denn eine nachhaltige Stadtentwicklungspolitik muss auch auf Umweltschutz, Energieeffizienz und Klimaschutz basieren.

In den letzten Jahren hat die Bautätigkeit im Bezirk Pankow drastisch zugenommen. Neben den zahlreichen Nachverdichtungen in den bereits stark verdichteten Stadtquartieren, z. B. durch Bebauung von Baulücken oder der Neuerrichtung von Quer- oder Seitengebäuden, findet in vielen Quartieren eine verstärkte Sanierungs- und Modernisierungstätigkeit statt. Wichtige Frei- und Grünräume gehen für die Belüftung der Quartiere und als positiver Faktor bei der Quartierswahrnehmung verloren. Dieser Entwicklung wird sich die SPD entgegenstellen, um lebenswerte Quartiere mit ausreichendem Grünanteil zu erhalten. Die SPD fordert daher die konsequente Begrenzung der weiteren Nachverdichtung, vor allem im bereits hochverdichteten Prenzlauer Berg.

Die fünf großen Kleingartenanlagen im Ortsteil Prenzlauer Berg will die SPD als Grünflächen rechtlich verbindlich festschreiben und sie durch eine Änderung des Flächennutzungsplans schützen.

Die SPD setzt sich für die zügige Fertigstellung des Mauerparks in der Größe ein, wie bereits vor fast 20 Jahren von Prof. Lange geplant wurde.

### **4.2 Zur Lösung des Abwasserproblems in den Ortsteilen**

Die Berliner Wasserwerke haben in den letzten Jahren große Anstrengungen unternommen, um den Anschluss der Anwohner in Teilen von Blankenburg, Karow, Buch und Französisch-Buchholz an das Abwassernetz zu erreichen. Diese Anstrengung muss in den nächsten fünf Jahren fortgesetzt werden, damit alle an das Abwassernetz angeschlossen werden. Die Bürger erwarten eine umweltgerechte Abwasserentsorgung ohne die derzeitigen Geruchsbelästigungen. Der ungerechte Preisunterschied zwischen angeschlossenen und nicht angeschlossenen Kunden der Wasserwerke muss beendet werden. Deshalb setzt sich die SPD im Rahmen der Möglichkeiten auf Bezirksebene dafür ein, dass so viele Anwohner wie möglich den Vorteil eines Abwasseranschlusses nutzen können. Die finanziellen Aufwendungen der einzelnen Bürger (Anschlussgebühren) sollten durch Kreditangebote der Wasserwerke begleitet werden.

### **4.3 Förderung alternativer Energien**

Vor 10 Jahren hat Rot-Grün das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) eingeführt. Der im EEG verankerte Einspeisevorrang und der Ausbau der Erneuerbaren Energien haben mehr Demokratie und Teilhabe im Energiemarkt ermöglicht, viele dezentrale Versorger konnten sich am Markt platzieren. Über 300.000 neue Arbeitsplätze allein im Bereich der Erneuerbaren Energien bundesweit haben Wertschöpfung in die Regionen gebracht. Deutschland hat die Technologieführerschaft bei Erneuerbaren Energien erreichen können. Auch im Bezirk Pankow gibt es noch Potentiale für den Ausbau Erneuerbarer Energien, zu nennen sind insbesondere:

- Solare Wärme- und Kälterzeugung mittels Solaranlagen auf Dächern

- Photovoltaik – möglichst als Eigenerzeugungsanlagen auf Dächern mit Eigenverbrauch
- Geothermie
- Windkraft am Stadtrand
- Biogaserzeugung – sowohl als Biomüll als auch aus Grünabfällen des Bezirks und von Privaten

Wichtig ist aber auch, dass der Strom aus Erneuerbaren Energien aus dem Umland durch gut ausgebaute Netze Berlin erreichen kann. Da Erneuerbare Energien fluktuierend sind und der Hauptteil der Erneuerbaren Energie in Zukunft aus Windkraft bestehen wird, brauchen wir in Berlin einen flexiblen Kraftwerkspark aus kleinen bis großen Gaskraftwerken mit Wärmespeichern, um die Schwankungen der Erneuerbaren ausgleichen zu können. Durch die Einspeisung von Biomethan und Wasserstoff aus Windenergie kann dann nach und nach auch die Erzeugung von Strom und Wärme in Berlin auf Erneuerbare Energien umgestellt werden ohne dass es die Menschen wirtschaftlich überfordert.

#### **4.4 Flora und Fauna schützen**

Der Bezirk Pankow besitzt einen großen Artenreichtum, der sowohl in offenen Landschaftsräumen als auch in innerstädtischen Biotopen anzutreffen ist. Die SPD des Bezirkes sieht es als eine zentrale politische Aufgabe an, diesen Artenreichtum zu schützen. Der Verlust an biologischer Vielfalt bedeutet für uns nicht nur das Verschwinden von seltenen Pflanzen- und Tierarten. Damit einhergehen würde auch ein massiver Einschnitt in die natürlichen Lebensgrundlagen der Menschen.

Auf der Weltkonferenz für Umwelt und Entwicklung 1992 in Rio de Janeiro wurde unter anderem die Convention of Biological Diversity (CBD) beschlossen. Dieses Übereinkommen dokumentiert den Willen der Völkergemeinschaft, die Arten mit ihrem genetischen Potential und ihren Lebensräumen zu erhalten und fordert aktive Maßnahmen dafür ein. Wir setzen uns aktiv dafür ein, dass dieser Beschluss auch in unserem Bezirk umgesetzt wird.

Den Schwerpunkt der Naturschutzarbeit wollen wir auf den Erhalt und die weitere Ausgestaltung des Naturschutzgebietes Niedermoorwiesen im OT Blankenfelde und der Moorlinse im OT Buch. Neben seltenen Arten wie z.B. Uferschwalbe, Neuntöter und Moorfrösche haben sich hier einzigartige Landschaftsräume und Feuchtgebiete erhalten.

Darüber hinaus treten wir für die Ausgestaltung und eine behutsame öffentliche Nutzung eines durchgehenden Grünzuges/Biotopverbundes entlang des ehemaligen Grenzstreifens von der Blankenfelder Feldflur im Norden des Bezirkes über das Nasse Dreieck bis hin zum Mauerpark ein.

Einen hohen Stellenwert hat für uns der Erhalt der Kleingartenanlagen im Bezirk. Kleingärten sind die grünen Lungen Pankows. Sie haben eine große Bedeutung für die Verbesserung des Stadtklimas und bieten gestressten Großstädtern Ruhe und Entspannung. Wir unterstützen deswegen die Initiativen des Bezirksverbandes der Kleingartenfreunde Pankows e.V. bei der Förderung des Kleingartenwesens und bei der Beratung und Betreuung von Kleingärtnern in Fragen der ökologischen Gartenbewirtschaftung.

#### **4.5 Wichtige ökologische Projekte**

Wir unterstützen die vom Berliner Senat im Zuge der Wasserrahmenrichtlinie der EU geplante und bereits begonnene Renaturierung der Panke.

Der Aufbau eines gemeinnützigen Archäologie- und Klimaparks (Archäopark) in der Umgebung der Moorlinse in Buch ist ein interessantes und unterstützenswürdiges Projekt, insbesondere für die Umwelt- und Geschichtsbildung mit einem berlinweiten Alleinstellungsmerkmal. Die Verbindung aus Resten bzw. Rekonstruktionen der größten bronzezeitlichen Siedlungen Europas mit Klimaforschung und Naturschutz eröffnen dem Bezirk wirtschaftliche, soziale und ökologische Potenziale.

Die SPD setzt sich für eine gemeinsame Entwicklung des Barnim-Park ein. Diese ist mit dem Land Brandenburg mit den folgenden Schwerpunkten vorantreiben:

- Entwicklung des Botanischen Volksparks zu einer attraktiven Umweltbildungs- und Naherholungseinrichtung mit breiter Verankerung im Bezirk durch die Grün Berlin unter Einbindung der relevanten Akteure,
- Sicherung des ökologischen Stellenwerts der Blankenfelder Feldflur, Wert für die Öffentlichkeit erkennbar machen – Freiheit für die Heckrinder!
- Anbindung und Zusammenarbeit mit der Grün Berlin verbessern

## **5. Impressum**

### **AG Leitbild:**

- Andreas Bossmann
- Klaus Mindrup
- Roland Schröder

### **Mitarbeit:**

- Max E. Neumann
- Manfred Schülke

### **Redaktion und Layout:**

- Roland Schröder

### **Stand:**

- 03. November 2011